

16. März 2017

Sitzungssaal des
Salzburger Landtags,
Chiemseehof



Beschlüsse

Salzburger Jugendlandtag 2017



Teilnehmerinnen & Teilnehmer

Medienteam:

Friedl Sarah Anna
Ponert Julian
Schlichtinger Magdalena Julia
Winkler Markus

Gruppe Umwelt:

Gaar Marie-Therese
Hofmann Alexander
Rugar Vanessa
Schnöll Alexander
Seeauer Patricia
Seiwald Wolfgang
Sonnberger Eva
Unterberger Michael
Yilmaz Burak

Gruppe Partizipation, Demokratie & Recht:

Bernatzky Antonia
Hofer Florentin Christian
Maier Felix
Rehrl Lisa
Rheinfrank Julia
Rheinfrank Nina
Stocker Alexandra

Gruppe Bildung, Ausbildung, Schule & Sport:

Bliem Johannes
Brüggerhoff Monika
Danzer Larissa
Dilsky Tobias
Fitzke Zahrah
Kendlbacher Sandra
Lackner Melanie
Mišković Marcel

Gruppe Freizeit & Mobilität:

Davenport Dominik
Groder Michael
Hagenhofer Anna
Hartinger Leonhard
Messerer Benjamin
Quraishi Adibullah
Sadat Morteza
Steinwender Mario

Gruppe Soziales, Integration & Chancengleichheit:

Brettfeld Konstantin
Düsseldorf Vanessa
Jung Anabél
Kracher Bianca
Moser Lorenz
Reinbacher Sophie
Schönthaler Johanna
Spanjic Milos

Gruppe Wirtschaft, Finanzen & Arbeitsmarkt:

Hiegelsperger Maximilian
Klotz Martin
Schatteiner Johannes
Wallner Sebastian

Beschlüsse

Antrag 11: Wirtschaft, Finanzen & Arbeitsmarkt

Sebastian Wallner und Maximilian Hiegelsperger betreffend Erschließung von ungenutztem Wohnraum durch „Generationen-WG“.

4

Antrag 8: Freizeit & Mobilität

Anna Hagenhofer und Leonhard Hartinger betreffend Attraktivierung des Angebots im Bereich öffentlicher Verkehr für Salzburger Jugendliche bezüglich Fahrplans und Fahrpreises.

5

Antrag 9: Soziales, Integration & Chancengleichheit

Bianca Kracher und Anabél Jung betreffend Integrationspaket 2.o.

6

Antrag 10: Soziales, Integration & Chancengleichheit

Konstantin Brettfeld und Johanna Schönthaler betreffend Jugendschutz.

7

Antrag 6: Bildung, Ausbildung, Schule & Sport

Larissa Danzer und Marcel Mišković betreffend verstärkte Angebote zu innerschulischer, kompetenzorientierter Allgemeinbildung und Lebenskompetenz.

8

Antrag 2: Umwelt

Burak Yilmaz und Michael Unterberger betreffend alternative Antriebsformen.

9

Antrag 3: Partizipation, Demokratie & Recht

Alexandra Stocker und Felix Maier betreffend Autonomie in der Wahl des Lernstoffes.

10

Sebastian Wallner und Maximilian Hiegelsperger betreffend Erschließung von ungenutztem Wohnraum durch „Generationen-WG“.

Die Gruppe Wirtschaft, Finanzen und Arbeitsmarkt des Jugendlandtags Salzburg 2017 hat sich mit der Erschließung ungenutzten Wohnraumes beschäftigt. Dabei wird besonders Bezug auf die Schaffung und Ermöglichung leistbaren Wohnens für Jugendliche in Übergangsphasen (z.B. Ausbildungszeiten) genommen. Im Mittelpunkt dieses Antrages steht die gemeinsame Nutzung von bereits vorhandenem Wohnraum durch mehrere Generationen (Alt/Jung). Wohnraum neu zu schaffen ist mit viel Geld und Aufwand verbunden und nicht in jeder Gemeinde/Stadt möglich. Hohe Förderungen werden hierbei zur Verfügung gestellt, obwohl Platzressourcen vorhanden sind. Auf diese Ressourcen will man mit der Maßnahme „Generationen WG“ zugreifen.

Durch die Nutzung bereits vorhandenen Wohnraumes können in diesem Förderbereich Einsparungen erzielt werden. Des Weiteren ergibt sich durch dieses Projekt ein sozialer Mehrwert für alle Beteiligten.

Neben den positiven Effekten ergeben sich jedoch auch einige Hürden. Daher wird die Landesregierung aufgefordert sich dem Thema zu widmen, einige Rahmenbedingungen zu prüfen und konkrete Maßnahmen zu setzen.

Darunter fallen unter anderem „psychologische Hürden“, welche einer genauen Auseinandersetzung unterzogen werden sollen:

- Rechtliche Rahmenbedingungen wie Mietrechtsfragen und Versicherungsaspekte
 - Gegenseitiges Vertrauen der EigentümerInnen und BewohnerInnen – sowie Einlass in die „heimische Komfortzone“
- Im Zuge dieses Antrags wird die Erarbeitung eines generationenverknüpfenden Wohnprojektes gefordert.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den
Antrag,

der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, das Modell zur Erschließung ungenutzten Wohnraumes in Form einer generationenübergreifenden Wohngemeinschaft zu prüfen.
 - a. Hierzu sollen rechtliche Rahmenbedingungen eines Zusammenlebens geprüft werden.
 - b. Des Weiteren soll sowohl die Verfügbarkeit, als auch die freiwillige zur Verfügungsstellung von Räumlichkeiten überprüft werden.
 - c. Nach Abklärung dessen sollten die „psychologischen Hürden“ durch eine Implementierung eines beidseitigen verpflichtenden Background Checks beseitigt werden.
 - d. Die Landesregierung wird aufgefordert die Zusammenführung der InteressenspartnerInnen zu übernehmen, geschultes Personal für diese zur Verfügung zu stellen und ein betreutes Probewohnjahr gesetzlich zu verankern.
2. Notwendige Maßnahmen, die sich aus der Prüfung und der Implementierung ergeben, sollen durch ein Budget aus der Wohnbauförderung finanziert werden, welches sich aus möglichen Einsparungen dieses Budgets ergeben würde.
3. Die Landesregierung wird zusätzlich aufgefordert, diese Maßnahmen besonders (nicht ausschließlich) im ländlichen Raum zu überprüfen, da hier ein Defizit an leistbarem Wohnraum vorherrscht und so ungewollte Abwanderung forciert wird.
4. Eine öffentliche Plattform zur Findung von Wohnraumbietenden und theoretischen Inanspruchnahmen soll geschaffen werden.
5. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Sebastian Wallner

Maximilian Hiegelsperger

Gruppensprecher: Sebastian Wallner

Pro-Stimmen:

44

Gegenstimmen:

0

Anna Hagenhofer und Leonhard Hartinger betreffend Attraktivierung des Angebots im Bereich öffentlicher Verkehr für Salzburger Jugendliche bezüglich Fahrplans und Fahrpreises.

Jugendliche sind aufgrund ihrer Lebenssituation besonders auf das öffentliche Verkehrsangebot angewiesen. Das Grundangebot ist in weiten Teilen des Landes Salzburg zufriedenstellend, jedoch gibt es insbesondere im Bereich der Stoß- und Tagesrandzeiten erheblichen Verbesserungsbedarf.

Zu Stoßzeiten führt das hohe Fahrgastaufkommen auf der Achse Salzburg Hauptbahnhof – Schwarzach/St. Veit zur Verärgerung der Fahrgäste aufgrund regelmäßig überfüllter Nahverkehrszüge.

Die Rücknahme des öffentlichen Verkehrsangebots an schulfreien Tagen schränkt die Mobilität in der Freizeit der Salzburger Jugendlichen ein.

Eine sichere Heimfahrt von den Ausgehzentren in die peripher gelegenen Heimatgemeinden ist momentan nicht im gesamten Bundesland gewährleistet.

Leistungsfähige Fahrpreise sind insbesondere für in Ausbildung befindliche Jugendliche, die nicht an den bestehenden Tarifangeboten teilnehmen können (StudentInnen, Präsenz- und Zivildienstler, etc.), eine Grundvoraussetzung für eine häufige Inanspruchnahme der öffentlichen Verkehrsdienstleistungen in ihrer Freizeit.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den
Antrag,

der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Kapazitätserhöhung bei Schienenpersonennahverkehrsfahrzeugen zu Stoßzeiten.
2. Gleichstellung der Taktung der öffentlichen Verkehrsmittel zu Schultagen und schulfreien Tagen.
3. Die Erstellung eines bezirksübergreifenden Nachttransportservicekonzepts mit hoher Netzabdeckung in gemeinsamer Absprache mit den Gemeinden des Landes Salzburgs.
4. Die Super S'Cool-Card für alle sich in Ausbildung Befindliche mit Ausbildungsnachweis für das gesamte Bundesland Salzburg als Erweiterung zu bestehenden Jugendnetzkarten.
5. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Anna Hagenhofer

Leonhard Hartinger

Gruppensprecher: Leonhard Hartinger

Pro-Stimmen:

43

Gegenstimmen:

1

Bianca Kracher und Anabél Jung betreffend Integrationspaket 2.o.

Im Bundesland Salzburg gibt es seit einiger Zeit sehr viele Menschen mit Fluchtgeschichte. Diese werden in der Öffentlichkeit z.B. durch Medien überwiegend schlecht dargestellt. Durch das Nicht- Einbinden ins Gemeindeleben haben EinwohnerInnen Vorurteile und dadurch Hemmungen mit jenen Menschen in Kontakt zu treten. Aufgrund dieser Umstände fällt es geflüchteten Menschen schwer, sich in die hiesige Gesellschaft einzugliedern. Wegen sprachlich bedingter Hindernisse haben es Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund nicht einfach aufeinander zuzugehen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragstellerinnen den
Antrag,
der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Flüchtlingen soll gezeigt werden, wie das System in Österreich funktioniert, z.B. Arbeit u. dgl.
2. Die Vereine in den Gemeinden sollen sich darum kümmern, dass Menschen mit Migrationshintergrund in die Organisationen und in die Gemeinde eingegliedert werden, durch aktives Zugehen auf geflüchtete Personen. Dies soll freiwillig geschehen und mit Zuschüssen verbunden sein.
3. Da viele geflüchtete Menschen ein Smartphone besitzen, erscheint es sinnvoll, Programme zum Deutschlernen kostenlos für sie zur Verfügung zu stellen.
4. Es soll regelmäßige Kennenlernabende für EinwohnerInnen und Menschen mit Fluchtgeschichte geben, welche von der Gemeinde organisiert werden, und es sollen dazu Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Im Gemeindeblatt sollen diese Aktivitäten besonders stark hervorgehoben und beworben werden.
5. Es sollen verpflichtende Demokratiewerkshops im Ausmaß von drei mal zwei Stunden für alle AsylwerberInnen abgehalten werden.
6. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Bianca Kracher

Anabél Jung

Gruppensprecherin: Bianca Kracher

Pro-Stimmen:

35

Gegenstimmen:

9

Konstantin Brettfeld und Johanna Schönthaler betreffend Jugendschutz.

Im Bundesland Salzburg gibt es immer mehr Jugendliche unter 16 Jahren, die Alkohol und Nikotin konsumieren. Dies erfolgt unter anderem, weil die gesetzlich verankerten Kontrollen in Geschäften, Trafiken und Lokalen zu wenig ernst genommen und nicht überall umgesetzt werden. Auf Bällen, bei Festivals oder bei anderen Veranstaltungen gibt es das derzeit am meisten angewendete System, die Altersgruppen durch verschiedenfarbige Armbänder zu kennzeichnen. Dies funktioniert nur bedingt, da die Ausweiskontrolle mangelhaft oder gar nicht durchgeführt wird. Beim Holen der Getränke an der Bar wird auf die Kontrolle der Armbänder verzichtet. Jugendliche unter 16 Jahren bekommen trotzdem leichten Alkohol ausgeschenkt, Jugendliche unter 18 Jahren kommen so auch zu harten Alkoholika. Im Zusammenhang mit Nikotin ist anzumerken, dass die gesetzlichen Vorgaben umgangen werden, indem die Jugendlichen unter 16 Jahren z.B. die Bankomatkarte von Personen über 16 Jahre benützen und so trotzdem zu Zigaretten kommen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den
Antrag,
der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass es stärkere Ausweiskontrollen von Jugendlichen beim Ausgehen gibt.
2. Dass in Geschäften die KassiererInnen einen Ausweis verlangen, wenn jugendliche Personen Alkohol, Nikotin und Tabakprodukte kaufen möchten, die bereits bestehenden Verbote sollen stärker kontrolliert werden.
3. Dass eine Imagekampagne für Jugendliche erstellt wird, welche die schwerwiegenden Folgen von Alkohol-, Nikotin- und Tabakkonsum darlegen soll, z.B. von betroffenen Personen, erzählte Lebensgeschichten, gesundheitliche Auswirkungen, Kostendarstellung für Alkohol oder Rauchen, sowie eine Darstellung des lebenslanglich verwendeten Geldes für diese Suchtmittel und einen Vergleich, was man sich mit dem Geld hätte leisten können. Insbesondere soll in dieser Imagekampagne auf bei Verstoß gegen die Verbote greifende Sanktionen explizit hingewiesen werden.
4. Diese Kampagne soll in mehreren sozialen Medien zum Beispiel Jugendmedien (z.B. Facebook, Twitter) aber auch im Fernsehen (z.B. vor Salzburg-heute etc.) ausgestrahlt werden.
5. Härtere Sanktionen für minderjährige Alkohol-, Nikotin- und Tabak-KonsumentInnen und Erziehungsberechtigte wie z.B. durch polizeiliche Maßnahmen wie etwa das Nachhause-Begleiten der Minderjährigen und ein verpflichtendes Gespräch. Überdies soll der Strafraum für alle Alkohol-, Nikotin- und Tabakvertriebsstellen und deren Betreiber bei Verstoß gegen die bestehenden gesetzlichen Vorgaben erhöht werden.
6. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Begutachtung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Konstantin Brettfeld

Johanna Schönthaler

Gruppensprecher: Konstantin Brettfeld

Pro-Stimmen:

28

Gegenstimmen:

15

Antrag 6

Bildung, Ausbildung, Schule & Sport

Larissa Danzer und Marcel Mišković betreffend verstärkte Angebote zu innerschulischer, kompetenzorientierter Allgemeinbildung und Lebenskompetenz.

Unter Lebenskompetenz verstehen wir, bestmöglich informiert, Entscheidungen treffen zu können. In unserer aktuellen Lebensphase sind dies vor allem Allgemeinwissen, Politische Bildung und Berufsorientierung. Zusätzlich gibt es eine Vielzahl von Bereichen (Wohnen, Umgang mit Geld,...), über die wir uns in unserem Lebensumfeld zu wenig informiert fühlen. Die Allgemeinbildung in den Schulen bietet keine ausreichende Vertiefung in Gebieten, welche die SchülerInnen individuell interessieren, dadurch ist eine spezielle Vorbereitung in den oben genannten Bereichen nicht möglich.

Seit 1999 ist per Verordnung ein Angebot zum Thema Berufsorientierung in allen Schultypen verpflichtend anzubieten (32 Stunden/Woche bzw. siehe Lehrpläne). Dieser Verpflichtung wird in sehr unterschiedlichem Ausmaß nachgegangen, von sehr intensiv bis gar nicht. Daher findet in weiten Bereichen auch keine Berufsorientierung statt. Für die Oberstufe beschränkt sich die Studien- und Berufswahl auf einzelne Informationsveranstaltungen, die keiner prozessorientierten Berufsorientierung gerecht werden. Auch über die Rechtsstaatlichkeit wird nicht ausreichend Information geboten, beziehungsweise kommt diese nicht bei der Zielgruppe an. Viele SchülerInnen wissen kaum über die Rechte und Pflichten ihrer Alterszielgruppe Bescheid (Jugendschutz,...). Diese Unkenntnis in Bezug auf die Rechtslage führt dazu, dass es zu Konflikten mit dem Gesetz kommen könnte.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den
Antrag,
der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Dass es eine Bündelung aller in Salzburg ansässigen Institutionen gibt, um für SchülerInnen und deren Lebensphasen als auch für LehrerInnen einen besseren Überblick zu schaffen.
2. Dass es ein vertiefendes Angebot in Form von Kursen und Workshops in gewissen Fächern oder Bereichen (Rechtskompetenzen, Politische Bildung, Wohnen, Umgang mit Geld, usw.) gibt.
3. Dass Studienberatung und Berufs-/Bildungsorientierung verpflichtend ab der siebten/achten Schulstufe an allen Schultypen angeboten wird.
4. Dass ab der elften/zwölften Schulstufe eine nochmalige Studienberatung und Berufs-/Bildungsorientierung (Kurse, Förderkurse, externe Beratungseinrichtungen, ganztägige Workshops) stattfinden.
5. Dieser Antrag wird dem Bildungs-, Schul-, Sport- und Kulturausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Larissa Danzer

Marcel Mišković

Gruppensprecherin: Larissa Danzer

Pro-Stimmen:

38

Gegenstimmen:

4

Burak Yilmaz und Michael Unterberger betreffend alternative Antriebsformen.

Seit 2010 sind die E-Autos in Österreich auf dem Markt und immer mehr Menschen nutzen dieses Angebot. Im Durchschnitt erspart sich ein/e E-AutofahrerIn die Hälfte der Tankkosten eines/r FahrerIn eines „normalen“ Autos und trägt gleichzeitig zum Schutz unserer einzigartigen Landschaft bei. Da E-Autos keine Schadstoffe in die Luft freigeben, muss man auch keine Umweltsteuer (Nova) zahlen. Zum Vergleich: Mit einem Euro Tankkosten kommt ein E-Auto bis zu 25 km weit, ein „normales“ Auto nur 13,5 km. Die Reichweite eines E-Autos beträgt Dank neuester wissenschaftlicher Errungenschaften bis zu 560 km. Außerdem würde Österreich, insbesondere das Land Salzburg, mit gutem Beispiel voranschreiten.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Antragsteller den
Antrag,
der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Im Sinne der Vorbildfunktion möge ein Prozentsatz der Dienstfahrzeuge des Landes Salzburg als Elektrofahrzeuge festgelegt werden (Wir empfehlen mind. 18 %, zu erreichen im Zeitraum 2021 bis 2024).
2. Den Fördersatz für den Kauf von Elektroautos im Land Salzburg zu erhöhen und zu verlängern.
3. Eine Medienkampagne und Informationsbroschüre an alle Salzburger Haushalte mit Aufklärungsinformationen und Daten über die Vor- und Nachteile sowie Förderungen von Elektroautos.
4. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Burak Yilmaz

Michael Unterberger

Gruppensprecher: Burak Yilmaz

Pro-Stimmen:

40

Gegenstimmen:

2

Alexandra Stocker und Felix Maier betreffend Autonomie in der Wahl des Lernstoffes.

Der Reformbedarf und die Verbesserungswürdigkeit des österreichischen Schulsystems von der ersten bis zur letzten Schulstufe ist allgemein bekannt. Wie Studien diverser Universitäten, ExpertInnen sowie die Erfahrung jedes einzelnen Schülers / jeder einzelnen Schülerin beweisen, fällt es wesentlich leichter gewisse Fächer zu (er-)lernen wenn ausreichend Interesse vorhanden ist.

Das Ziel unseres Antrages ist es, diesen Umstand im Bildungssystem zu berücksichtigen. Im Oberstufenbereich haben wir ein Grundkonzept erarbeitet, welches es den SchülerInnen ermöglicht, ihren Stundenplaninhalt unter Einhaltung bestimmter Voraussetzungen individuell zusammenzustellen.

Die vielfach ausgezeichnete „Grundschule auf dem Süsteresch“ im deutschen Schüttorf dient uns als funktionierendes Beispiel zur Veränderung der bestehenden österreichischen Volksschulen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten AntragstellerInnen den
Antrag,
der Salzburger Jugendlandtag wolle beschließen:

1. Einen Schulversuch zu bewilligen, der es den SchülerInnen ab der 9. Schulstufe ermöglicht, ihre Fächer individuell und nach ihren eigenen Interessen auszuwählen, und ihnen so mehr Partizipationsmöglichkeiten bietet.
 - a. Dabei sollen die Fächer Deutsch, Mathematik und Englisch für alle verpflichtend und eine schulabhängige Anzahl an verpflichtenden Zusatzfächern frei wählbar sein.
 - b. Die zur Auswahl stehenden Haupt- und Nebenfächer sowie die schwerpunktspezifischen Fächer liegen in der Autonomie und im Ermessen der einzelnen Schulen.
2. Die Schulen müssen verpflichtend ein LehrerInnen-SchülerInnengespräch vor der Wahl des weiteren Bildungs- bzw. Berufsweges in der 8. Schulstufe anbieten, das der/die SchülerIn wahlweise in Anspruch nehmen kann.
 - a. Dabei sollen Kompetenzen und Fertigkeiten des jeweiligen Schülers / der jeweiligen Schülerin thematisiert werden, um diesem/r die Selbsteinschätzung zu vereinfachen. Zusätzlich zu den LehrerInnen können fallweise ExpertInnen (BIZ-Zentren, Jugendcoaching,...) hinzugezogen werden.
3. Um die Selbstverantwortung der SchülerInnen schon in der Volksschule zu stärken, soll in dieser Schulstufe/ Ausbildungsphase ebenfalls ein Schulversuch bewilligt werden. Dieser soll beinhalten:
 - a. Freie Lernzeiten, in denen die Kinder eine Auswahl an Aktivitäten (Bücherei, Druckerei, Radiowerkstatt, Schreibwerkstatt, etc.) geboten bekommen. Diese Zeit soll auch zum Arbeiten an vorhandenen Defiziten genutzt werden können.
 - b. Feste Unterrichtszeiten, in denen die üblichen Kompetenzen und Fertigkeiten vermittelt werden.
 - c. Als positives Beispiel soll die „Grundschule auf dem Süsteresch“ im deutschen Schüttorf dienen.
4. Dieser Antrag wird dem Petitionsausschuss zur weiteren Beratung, Berichterstattung und Antragstellung zugewiesen.

Salzburg, 16.03.2017

Alexandra Stocker

Felix Maier

Gruppensprecherin: Alexandra Stocker

Pro-Stimmen:

26

Gegenstimmen:

15



